

# Bundesgesetzblatt

9

## Teil II

1957	Ausgegeben zu Bonn am 1. März 1957	Nr. 3
Tag	Inhalt:	Seite
4. 2. 57	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Weizen-Übereinkommens 1956 für die Bundesrepublik Deutschland .....	9
25. 2. 57	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Mai 1951 für die Bundesrepublik Deutschland .....	10
15. 2. 57	Bekanntmachung über die Wiederanwendung des deutsch-niederländischen Auslieferungsvertrages .....	22
25. 2. 57	Bekanntmachung zu dem Kulturabkommen vom 29. Mai 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen .....	28
12. 2. 57	Bekanntmachung über das Zweite Verlängerungsprotokoll zum Protokoll von 1954 über die nach Ablauf des deutschen Kreditabkommens von 1952 verbleibenden kurzfristigen deutschen Schulden .....	30
12. 2. 57	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 22. Juli 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über den Luftverkehr zwischen ihren Gebieten und darüber hinaus .....	30
11. 2. 57	Bekanntmachung über die Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) .....	31
19. 2. 57	Bekanntmachung zu der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Norwegischer Vorbehalt) .....	32
19. 2. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (Inkrafttreten für Italien) .....	32

### Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Weizen-Übereinkommens 1956 für die Bundesrepublik Deutschland.

Vom 4. Februar 1957.

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. November 1956 zu dem Internationalen Weizen-Übereinkommen 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1011) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel XX Abs. 3 hinsichtlich der Teile 1, 3, 4 und 5 am 16. Juli 1956 und des Teils 2 am 1. August 1956 für die Bundesrepublik Deutschland und die folgenden Staaten in Kraft getreten ist:

Ägypten, Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Costa Rica, Dänemark, die Dominikanische Republik, Ecuador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Indien, Irland, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, die Republik Korea, Liberia, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Norwegen, Österreich, Peru, die Philippinen, Portugal, Salvador, Schweden, die Schweiz, die Südafrikanische Union (mit dem anlässlich der Unterzeichnung gemachten Vorbehalt—Bundesgesetzbl. 1956 II S. 1011, 1069), den Staat der Vatikanstadt, die Vereinigten Staaten von Amerika.

Nach seinem Artikel XXI ist das Übereinkommen in Kraft getreten für

Haiti	am 23. November 1956
Honduras	am 30. November 1956
Indonesien	am 1. Dezember 1956
Island	am 23. November 1956
Kuba	am 23. Juli 1956 hinsichtlich der Teile 1, 3, 4 und 5 und am 1. August 1956 hinsichtlich des Teils 2
Saudisch-Arabien	am 2. Oktober 1956
Spanien	am 21. November 1956
Venezuela	am 1. Dezember 1956.

Bonn, den 4. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung des Staatssekretärs  
Grewe

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten  
der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Mai 1951  
für die Bundesrepublik Deutschland.**

Vom 25. Februar 1957.

Gemäß Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 1955 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Mai 1951 (Vorschriften Nr. 2 der Weltgesundheitsorganisation) — Bundesgesetzbl. II S. 1060 — wird hiermit bekanntgemacht, daß die Vorschriften für die Bundesrepublik Deutschland am 17. April 1956 in Kraft getreten sind.

Die Vorschriften sind ferner in Kraft getreten für

**Ägypten**

am 1. Oktober 1954

mit folgenden Vorbehalten:

Artikel 69

(Übersetzung)

"Persons on an international voyage arriving from an infected local area, within the incubation period of the disease, may be required to submit to stool examination subject to the conditions:

- (a) that the reservation constitute no derogation from the provisions of Articles 34 and 61 or any other articles of the Regulations;
- (b) that the period within which a person may be submitted to stool examination do not exceed five days, reckoned from the date of departure of the person from the infected local area;
- (c) that the measure be used with discretion and only in the case of absolute necessity."

„Von Personen auf einer internationalen Reise, die innerhalb der Inkubationszeit der Krankheit aus einem örtlichen Infektionsgebiet ankommen, kann eine Stuhluntersuchung verlangt werden, vorausgesetzt:

- a) daß der Vorbehalt keine Abweichung von Artikel 34 und 61 oder einem anderen Artikel der Vorschriften darstellt;
- b) daß der Zeitraum, während dessen von einer Person eine Stuhluntersuchung verlangt werden kann, nicht mehr als fünf Tage betragen darf, von dem Zeitpunkt, in dem diese Person das örtliche Infektionsgebiet verlassen hat, an gerechnet;
- c) daß diese Maßnahme einsichtsvoll und nur im Falle unbedingter Notwendigkeit angewendet wird."

Artikel 70

"The Government of Egypt reserves the right in special circumstances, after giving the fullest possible consideration to the reasons on which the Organization has based a delineation made under paragraph 1 of Article 70, and as a purely temporary measure, until a fresh delineation has if necessary been made, to treat, for the purpose of measures to be taken by the Government of Egypt in regard to arrivals in its territory, a local area or group of local areas, where the conditions of the definition of 'yellow-fever endemic zone' are fulfilled but which are outside the delineated zone, as if they were part of the delineated zone.

In declaring to the Organization the local area, or group of local areas, to which the reservation would apply, the Government of Egypt shall give the motives underlying such a declaration and the reasons for urgency, in order to permit the Organization to notify all States accordingly.

In regard to persons who embark on a ship or aircraft in a port or an airport which has been removed from a yellow-fever endemic zone, in compliance with the terms of paragraph 2 of Article 70, and who are unable to prove that they have not been in a yellow-fever endemic zone within nine days prior to disembarkation, the Government of Egypt reserves the right to treat such persons as if they had come from a yellow-fever endemic zone.

„Unter besonderen Umständen und nach möglichst genauer Prüfung der Gründe, die zu der von der Organisation in Artikel 70 Absatz 1 vorgenommenen Abgrenzung geführt haben, behält sich die Regierung von Ägypten das Recht vor, bis zu einer gegebenenfalls erforderlichen neuen Abgrenzung bezüglich der von ihr zu treffenden Maßnahmen gegenüber Personen, die in ihrem Hoheitsgebiet ankommen, ein Gebiet oder eine Gruppe von Gebieten, in denen die in der Begriffsbestimmung »Gelbfieberzone« gegebenen Voraussetzungen erfüllt sind, die jedoch außerhalb der abgegrenzten Zone liegen, vorübergehend als einen Teil der abgegrenzten Zone zu behandeln.

Indem die Regierung von Ägypten der Organisation gegenüber erklärt, auf welches Gebiet oder auf welche Gruppe von Gebieten der Vorbehalt Anwendung findet, gibt sie die Gründe für diese Erklärung und deren Dringlichkeit bekannt, um es der Organisation zu ermöglichen, sie allen Staaten zu notifizieren.

Gegenüber Personen, die sich auf einem Schiff oder Luftfahrzeug in einem Hafen oder Flughafen einschiffen, der gemäß Artikel 70 Absatz 2 nicht mehr zu einer endemischen Gelbfieberzone gehört, und die keinen Beweis dafür erbringen können, daß sie sich während neun Tagen vor ihrer Landung nicht in einer endemischen Gelbfieberzone befunden haben, behält sich die Regierung von Ägypten das Recht vor, die gleichen Maßnahmen anzuwenden wie auf Personen, die aus einer endemischen Gelbfieberzone kommen.

The Government of Egypt shall declare to the Organization, without delay, the ports or airports to which this reservation will apply."

Die Regierung von Ägypten gibt der Organisation unverzüglich die Häfen oder Flughäfen bekannt, auf welche dieser Vorbehalt Anwendung findet."

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Artikel A 7

(Übersetzung)

"If the conditions referred to in the second sentence of paragraph 2 of this article are not fulfilled the ship shall go directly to the Sanitary Station at El Tor.

„Sind die in Artikel A 7 Absatz 2 Satz 2 genannten Bedingungen nicht erfüllt, so muß das Schiff unmittelbar die Gesundheitsstation El Tor anlaufen.

Notwithstanding the terms of paragraph 4 of this article, if there has been a case of typhus or relapsing fever on board during the voyage, the Government of Egypt is authorized to direct the pilgrim ship to the Sanitary Station at El Tor."

Wenn während der Reise ein Fall von Fleckfieber oder Rückfallfieber an Bord aufgetreten ist, so ist die Regierung von Ägypten ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 4 dieses Artikels ermächtigt, das Pilgerschiff unmittelbar nach der Gesundheitsstation El Tor zu schicken."

Artikel A 11

"Notwithstanding the terms of paragraph 1 of this article, during the period of the pilgrimage, as defined in Article A 6, any aircraft coming from the Hedjaz and intending to land on Egyptian territory, shall first call either at the Sanitary Station at El Tor or at some other sanitary station appointed by the health administration of Egypt."

„Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels muß während der Zeit der Pilgerfahrt im Sinne der Begriffsbestimmung des Artikels A 6 jedes aus dem Hedschas kommende Luftfahrzeug, das auf ägyptischem Gebiet landen will, zuerst die Gesundheitsstation El Tor oder eine andere von der ägyptischen Gesundheitsverwaltung bezeichnete Gesundheitsstation anfliegen."

Äthiopien	am 1. Oktober 1952
Afghanistan	am 1. Oktober 1952
Argentinien	am 3. Februar 1953
Belgien	am 1. Oktober 1952
Bolivien	am 1. Oktober 1952
Brasilien	am 1. Oktober 1952
Ceylon	am 22. Oktober 1952
mit folgenden Vorbehalten:	

Artikel 37 und 104

(Übersetzung)

"The arrangements at present in force for carrying out certain sanitary measures to protect the territory of the Government of Ceylon against cholera and small-pox, as regards traffic which is neither migrant nor seasonal, between that territory and the territory of the Government of India, may be continued."

„Die gegenwärtig geltenden Vereinbarungen über die Durchführung bestimmter sanitärer Maßnahmen zum Schutz des Hoheitsgebietes der Regierung von Ceylon gegen die Cholera und die Pocken können, was den Verkehr zwischen diesem Hoheitsgebiet und dem Hoheitsgebiet der Regierung von Indien anbetrifft, beibehalten werden, soweit es sich nicht um Einwanderungen und saisonbedingten Verkehr handelt."

Artikel 68

"The Government of Ceylon reserves the right to add jaggery and muscat to the foods listed in Article 68, i.e. fish, shellfish, fruit or vegetables."

„Die Regierung von Ceylon behält sich das Recht vor, Jağara und Muskat zu den in Artikel 68 aufgeführten Nahrungsmitteln, nämlich Fischen, Schalthieren, Obst und Gemüse, hinzuzurechnen."

Artikel 74

"The words 'six days' shall be replaced by the words 'nine days'."

„Die Worte »sechs Tagen« sind durch die Worte »neun Tagen« zu ersetzen."

Artikel 76

"In paragraph 1 of this article the words 'six days' shall be replaced by the words 'nine days'."

„In Absatz 1 dieses Artikels sind die Worte »sechs Tage« durch die Worte »neun Tage« zu ersetzen."

## Anhang 3 (Bescheinigung über Impfung gegen Gelbfieber)

„In the case of a person vaccinated in a yellow-fever endemic zone or of a person who has entered such a zone within 10 days of vaccination, the period of 10 days referred to in the second paragraph of the rules which appear on the certificate underneath the table shall be extended to twelve days.“

„Ist eine Person in einer endemischen Gelbfieberzone geimpft worden oder hat sie sich innerhalb von zehn Tagen nach der Impfung in eine solche Zone begeben, so wird der Zeitraum von zehn Tagen, der im zweiten Absatz des auf die in der Bescheinigung enthaltene Tabelle folgenden Wortlauts vorgeschrieben ist, auf zwölf Tage verlängert.“

Diese Vorbehalte wurden für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer der Vorbehalte auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der die Vorbehalte gemacht hat, diese jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich die Vorbehalte beziehen, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Chinesische Republik	am	1. Oktober 1952
Costa Rica	am	1. Oktober 1952
Dänemark ausschließlich Färöer-Inseln und Grönland	am	27. April 1953
Dominikanische Republik	am	1. Oktober 1952
Ekuador	am	1. Oktober 1952
Finnland	am	1. Oktober 1952
Frankreich	am	1. Oktober 1952
Für die überseeischen und fernen Hoheitsgebiete	am	11. Dezember 1952
Griechenland mit folgendem Vorbehalt:	am	1. Oktober 1952

## Artikel 69 Absatz 2

(Übersetzung)

«Les personnes effectuant un voyage international et arrivant, pendant la période d'incubation de la maladie, d'une circonscription infectée, peuvent être astreintes à un examen de selles, à condition:

„Von Personen auf einer internationalen Reise, die innerhalb der Inkubationszeit der Krankheit aus einem örtlichen Infektionsgebiet ankommen, kann eine Stuhluntersuchung verlangt werden, vorausgesetzt,

- a) que la réserve ne constitue pas une dérogation aux dispositions des articles 34 et 61 ou de tout autre article du Règlement;
- b) que la période pendant laquelle une personne peut être astreinte à un examen de selles n'exède pas cinq jours à compter de la date à laquelle ladite personne aura quitté la circonscription infectée;
- c) que la mesure soit appliquée avec discernement et seulement en cas de nécessité absolue.»

- a) daß der Vorbehalt keine Abweichung von Artikel 34 und 61 oder einem anderen Artikel der Vorschriften darstellt;
- b) daß der Zeitraum, während dessen von einer Person eine Stuhluntersuchung verlangt werden kann, nicht mehr als fünf Tage betragen darf, von dem Zeitpunkt, in dem diese Person das örtliche Infektionsgebiet verlassen hat, an gerechnet;
- c) daß diese Maßnahme einsichtsvoll und nur im Falle unbedingter Notwendigkeit angewendet wird.“

Großbritannien und Nordirland	am	1. Oktober 1952
Für folgende britische überseeische Gebiete:		
Antigua	am	21. März 1955
Brunei	am	21. März 1955
mit folgendem Vorbehalt:		

## Artikel 17 Absatz 2

(Übersetzung)

„The health administration of Brunei reserves the right not to designate any port, which has been approved under paragraph 1 of article 17 for the issue of deratting

„Die Gesundheitsverwaltung von Brunei behält sich das Recht vor, keinen auf Grund des Artikels 17 Absatz 1 für die Ausstellung von Bescheinigungen über die

exemption certificates, as having at its disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of deratting certificates referred to in Article 52."

Befreiung von der Entrattung zugelassenen Hafen als Hafen bekanntzugeben, der über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen verfügt und daher befugt ist, die in Artikel 52 erwähnten Entrattungsbescheinigungen auszustellen."

Die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation behält sich das Recht vor, ihre Annahme dieses Vorbehalts jederzeit entsprechend der Entwicklung des internationalen Verkehrs in diesem Hoheitsgebiet zu überprüfen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Dominica (Windward-Inseln)  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 15, 38, 44 Absatz 2

(Übersetzung)

"Pending the completion of a new hospital, work on which is about to begin, the health administration of Dominica reserves the right not to provide facilities for the prompt isolation and care of infected persons as provided for in Articles 15, 38 and paragraph 2 of Article 44."

„Bis zur Fertigstellung des neuen Krankenhauses, dessen Bau bevorsteht, behält sich die Gesundheitsverwaltung von Dominica das Recht vor, die in den Artikeln 15, 38 und 44 Absatz 2 vorgeschriebenen Möglichkeiten für die sofortige Isolierung und Pflege infizierter Personen nicht vorzusehen.“

Falkland-Inseln  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 17

(Übersetzung)

"The health administration of the Falkland Islands reserves the right not to designate any port for the issue of deratting exemption certificates nor to approve any port as having at its disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of deratting certificates referred to in Article 52."

„Die Gesundheitsverwaltung der Falkland-Inseln behält sich das Recht vor, keinen Hafen für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung bekanntzugeben und keinen Hafen als Hafen zuzulassen, der über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen verfügt und daher befugt ist, die in Artikel 52 erwähnten Entrattungsbescheinigungen auszustellen.“

Die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation behält sich das Recht vor, ihre Annahme dieses Vorbehalts jederzeit entsprechend der Entwicklung des internationalen Verkehrs in diesem Hoheitsgebiet zu überprüfen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Fidschi-Inseln (mit Nebengebiet)  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 100

(Übersetzung)

"The health administration of Gambia reserves the right to require of persons on an international voyage arriving by air in its territory or landing there in transit, but falling under the terms of paragraph 1 of Article 75, information on their movements during the last nine days prior to disembarkation."

„Die Gesundheitsverwaltung von Fidschi ist berechtigt, von Personen auf einer internationalen Reise, die auf dem Luftwege im Hoheitsgebiet dieser Inseln ankommen oder dort zwischenlanden, jedoch unter die Bestimmungen des Artikels 75 Absatz 1 fallen, Auskünfte über ihre Ortsveränderungen während der letzten neun Tage vor ihrer Landung zu verlangen.“

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Gambia  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 17

(Übersetzung)

"The health administration of Gambia reserves the right not to designate any port for the issue of deratting exemption certificates nor to approve any port as having

„Die Gesundheitsverwaltung von Gambia behält sich das Recht vor, keinen Hafen für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung

at its disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of deratting certificates referred to in Article 52."

bekanntzugeben und keinen Hafen als Hafen zuzulassen, der über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen verfügt und daher befugt ist, die in Artikel 52 erwähnten Entrattungsbescheinigungen auszustellen."

Die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation behält sich das Recht vor, ihre Annahme dieses Vorbehalts jederzeit entsprechend der Entwicklung des internationalen Verkehrs in diesem Hoheitsgebiet zu überprüfen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Kolonie der Gilbert- und Ellice-Inseln  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 100

(Übersetzung)

"The health administration of the Gilbert and Ellice Islands Colony shall have the right to require of persons on an international voyage arriving by air in its territory or landing there in transit, but falling under the terms of paragraph 1 of Article 75, information on their movements during the last nine days prior to disembarkation."

„Die Gesundheitsverwaltung der Kolonie der Gilbert- und Ellice-Inseln ist berechtigt, von Personen auf einer internationalen Reise, die auf dem Luftwege im Hoheitsgebiet dieser Inseln ankommen oder dort zwischenlanden, jedoch unter die Bestimmungen des Artikels 75 Absatz 1 fallen, Auskünfte über ihre Ortsveränderungen während der letzten neun Tage vor ihrer Landung zu verlangen.“

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Hongkong

am 21. März 1955

Malediven

am 21. März 1955

Pitcairn-Inseln

am 21. März 1955

mit folgendem Vorbehalt:

Artikel 100

(Übersetzung)

"The health administration of the Pitcairn Islands shall have the right to require of persons on an international voyage arriving by air in its territory or landing there in transit, but falling under the terms of paragraph 1 of Article 75, information on their movements during the last nine days prior to disembarkation."

„Die Gesundheitsverwaltung der Pitcairn-Inseln ist berechtigt, von Personen auf einer internationalen Reise, die auf dem Luftwege im Hoheitsgebiet dieser Inseln ankommen oder dort zwischenlanden, jedoch unter die Bestimmungen des Artikels 75 Absatz 1 fallen, Auskünfte über ihre Ortsveränderungen während der letzten neun Tage vor ihrer Landung zu verlangen.“

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

St. Lucia (Windward-Inseln)  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 19

(Übersetzung)

"The health administration of St. Lucia reserves the right not to designate any airport as a sanitary airport."

„Die Gesundheitsverwaltung von St. Lucia behält sich das Recht vor, keinen Flughafen als Sanitätsflughafen zu bezeichnen.“

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

St. Vincent (Windward-Inseln)  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 19

(Übersetzung)

„The health administration of St. Vincent reserves the right not to designate any airport as a sanitary airport.“

„Die Gesundheitsverwaltung von St. Vincent behält sich das Recht vor, keinen Flughafen als Sanitätsflughafen zu bezeichnen.“

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Schutzgebiet Britische Salomon-Inseln  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 100

(Übersetzung)

„The health administration of the British Salomon Islands Protectorate shall have the right to require of persons on an international voyage arriving by air in its territory or landing there in transit, but falling under the terms of paragraph 1 of Article 75, information on their movements during the last nine days prior to disembarkation.“

„Die Gesundheitsverwaltung des Schutzgebietes Britische Salomon-Inseln ist berechtigt, von Personen auf einer internationalen Reise, die auf dem Luftwege im Hoheitsgebiet dieser Inseln ankommen oder dort zwischenlanden, jedoch unter die Bestimmungen des Artikels 75 Absatz 1 fallen, Auskünfte über ihre Ortsveränderungen während der letzten neun Tage vor ihrer Landung zu verlangen.“

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Sarawak  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 17 Absatz 2

(Übersetzung)

„The health administration of Sarawak reserves the right not to designate any port, which has been approved under paragraph 1 of Article 17 for the issue of deratting exemption certificates, as having at its disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of deratting certificates referred to in Article 52.“

„Die Gesundheitsverwaltung von Sarawak behält sich das Recht vor, keinen auf Grund des Artikels 17 Absatz 1 für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung zugelassenen Hafen als Hafen bekanntzugeben, der über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen verfügt und daher befugt ist, die in Artikel 52 erwähnten Entrattungsbescheinigungen auszustellen.“

Die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation behält sich das Recht vor, ihre Annahme dieses Vorbehalts jederzeit entsprechend der Entwicklung des internationalen Verkehrs in diesem Hoheitsgebiet zu überprüfen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Schutzgebiet Somaliland  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 17

(Übersetzung)

„The health administration of Somaliland Protectorate reserves the right not to designate any port for the issue of Deratting Exemption Certificates nor to approve any port as having at its disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of Deratting Certificates referred to in Article 52.“

Die Gesundheitsverwaltung des Schutzgebietes Somaliland behält sich das Recht vor, keinen Hafen für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung bekanntzugeben und keinen Hafen als Hafen zuzulassen, der über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen verfügt und daher befugt ist, die in Artikel 52 erwähnten Entrattungsbescheinigungen auszustellen.“

Die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation behält sich das Recht vor, ihre Annahme dieses Vorbehalts jederzeit entsprechend der Entwicklung des internationalen Verkehrs in diesem Hoheitsgebiet zu überprüfen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Tanganjika  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 17

(Übersetzung)

"The health administration of Tanganjika reserves the right not to approve any port for the issue of deratting exemption certificates nor to approve any port as having at its disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of deratting certificates referred to in Article 52."

„Die Gesundheitsverwaltung von Tanganjika behält sich das Recht vor, keinen Hafen für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung und keinen Hafen als Hafen zuzulassen, der über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen verfügt und daher befugt ist, die in Artikel 52 erwähnten Entrattungsbescheinigungen auszustellen.“

Der Vorbehalt zu Artikel 17 Absatz 1 wird von der Versammlung der Weltgesundheitsorganisation nur so lange angenommen, als kein Hafen über Personal verfügt, das befähigt ist, Schiffe zum Zwecke der Ausstellung der in Artikel 52 erwähnten Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung zu besichtigen.

Die Versammlung behält sich das Recht vor, ihre Annahme des Vorbehalts zu Artikel 17 Absatz 2 jederzeit entsprechend der Entwicklung des internationalen Verkehrs in diesem Hoheitsgebiet zu überprüfen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Tonga-Inseln (oder Freundschafts-Inseln)  
mit folgendem Vorbehalt:

am 21. März 1955

Artikel 100

(Übersetzung)

"The health administration of the Tonga Islands shall have the right to require of persons on an international voyage arriving by air in its territory or landing there in transit, but falling under the terms of paragraph 1 of Article 75, information on their movements during the last nine days prior to disembarkation."

„Die Gesundheitsverwaltung der Tonga-Inseln ist berechtigt, von Personen auf einer internationalen Reise, die auf dem Luftwege im Hoheitsgebiet dieser Inseln ankommen oder dort zwischenlanden, jedoch unter die Bestimmungen des Artikels 75 Absatz 1 fallen, Auskünfte über ihre Ortsveränderungen während der letzten neun Tage vor ihrer Landung zu verlangen.“

Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Für die übrigen britischen überseeischen  
Gebiete, ausgenommen Malta und Singapur,  
sind die Vorschriften in Kraft getreten

am 11. Dezember 1952

Guatemala

am 1. Oktober 1952

Haiti

am 1. Oktober 1952

Honduras

am 1. Oktober 1952

Indien

am 2. März 1953

mit folgenden Vorbehalten:

Artikel 42

(Übersetzung)

"The Government of India reserves the right to disinsect immediately on arrival an aircraft which, on its voyage over infected territory, has landed at a sanitary airport which is not itself an infected local area if a partially protected person from the surrounding yellow-fever endemic zone has boarded the aircraft and if the aircraft reaches India within a period during which such a person is likely to spread yellow-fever infection."

„Die Regierung von Indien behält sich das Recht vor, ein Luftfahrzeug, das auf seiner Reise durch infiziertes Gebiet auf einem Sanitätsflughafen gelandet ist, der selbst nicht örtliches Infektionsgebiet ist, unmittelbar nach seiner Ankunft zu entwesen, wenn eine aus der umgebenden endemischen Gelbfieberzone kommende teilweise immune Person an Bord dieses Luftfahrzeuges gegangen ist und dieses im Hoheitsgebiet von Indien im Laufe des Zeitraums angekommen ist, während dessen diese Person Gelbfieber verbreiten kann.“

Artikel 43

"The terms of Article 74 may be applied to the passengers and crew on board an aircraft landing in the territory of India, who have come in transit through any airport situated in a yellow-fever endemic zone, not equipped with a direct transit area."

„Artikel 74 kann auf Reisende und Besatzung eines Luftfahrzeuges angewendet werden, das im Hoheitsgebiet von Indien landet, nachdem es in einem in einer endemischen Gelbfieberzone gelegenen Flughafen zwischengelandet ist, der nicht über ein unmittelbares Durchgangsgebiet verfügt.“



Artikel 70\*)

„The Government of India reserves the right in special circumstances, after giving the fullest possible consideration to the reasons on which the Organization has based a delineation made under paragraph 1 of Article 70, and as a purely temporary measure, until a fresh delineation has if necessary been made, to treat, for the purpose of measures to be taken by the Government of India in regard to arrivals in its territory, a local area or group of local areas, where the conditions of the definition of 'yellow-fever endemic zone' are fulfilled, but which are outside the delineated zone, as if they were part of the delineated zone.

In declaring to the Organization the local area, or group of local areas, to which the reservation would apply, the Government of India shall give motives underlying such a declaration and the reasons for urgency, in order to permit the Organization to notify all States accordingly.

In regard to persons who embark on a ship or aircraft in a port or an airport which has been removed from a yellow-fever endemic zone, in compliance with the term of paragraph 2 of Article 70 and who are unable to prove that they have not been in a yellow-fever endemic zone within nine days prior to disembarkation, the Government of India reserves the right to treat such persons as if they had come from a yellow-fever endemic zone.

The Government of India shall declare to the Organization, without delay, the ports or airports to which this reservation will apply.“

„Unter besonderen Umständen und nach möglichst genauer Prüfung der Gründe, die zu der von der Organisation in Artikel 70 Absatz 1 vorgenommenen Abgrenzung geführt haben, behält sich die Regierung von Indien das Recht vor, bis zu einer gegebenenfalls erforderlichen neuen Abgrenzung bezüglich der von ihr zu treffenden Maßnahmen gegenüber Personen, die in ihrem Hoheitsgebiet ankommen, ein Gebiet oder eine Gruppe von Gebieten, in denen die in der Begriffsbestimmung »Gelbfieberzone« gegebenen Voraussetzungen erfüllt sind, die jedoch außerhalb der abgegrenzten Zone liegen, vorübergehend als einen Teil der abgegrenzten Zone zu behandeln.

Indem die Regierung von Indien der Organisation gegenüber erklärt, auf welches Gebiet oder auf welche Gruppe von Gebieten der Vorbehalt Anwendung findet, gibt sie die Gründe für diese Erklärung und deren Dringlichkeit bekannt, um es der Organisation zu ermöglichen, sie allen Staaten zu notifizieren.

Gegenüber Personen, die sich auf einem Schiff oder Luftfahrzeug in einem Hafen oder Flughafen einschiffen, der gemäß Artikel 70 Absatz 2 nicht mehr zu einer endemischen Gelbfieberzone gehört, und die keinen Beweis dafür erbringen können, daß sie sich während neun Tagen vor ihrer Einschiffung nicht in einer endemischen Gelbfieberzone befunden haben, behält sich die Regierung von Indien das Recht vor, die gleichen Maßnahmen anzuwenden wie auf Personen, die aus einer endemischen Gelbfieberzone kommen.

Die Regierung von Indien gibt der Organisation unverzüglich die Häfen oder Flughäfen bekannt, auf welche dieser Vorbehalt Anwendung findet.“

Artikel 74\*)

„The words 'six days' shall be replaced by the words 'nine days'.“

„Die Worte »sechs Tagen« sind durch die Worte »neun Tagen« zu ersetzen.“

Artikel 100\*)

„The Government of India shall have the right to require of persons on an international voyage, arriving by air in its territory or landing there in transit but falling under the terms of paragraph 1 of Article 75, information on their movements during the last nine days prior to disembarkation.“

„Die Regierung von Indien ist berechtigt, von allen Personen auf einer internationalen Reise, die auf dem Luftwege in ihrem Hoheitsgebiet ankommen oder dort zwischenlanden, jedoch unter die Bestimmungen des Artikels 75 Absatz 1 fallen, Auskünfte über ihre Ortsveränderungen während der letzten neun Tage vor ihrer Landung zu verlangen.“

Anhang 3\*)

(Bescheinigung über Impfung gegen Gelbfieber)

„In the case of a person vaccinated in a yellow-fever endemic zone or of a person who has entered such a zone within 10 days of vaccination, the period of 10 days referred to in the 2nd paragraph of the rules which appear on the certificate underneath the table shall be extended to twelve days.“

„Ist eine Person in einer endemischen Gelbfieberzone geimpft worden oder hat sie sich innerhalb von zehn Tagen nach der Impfung in eine solche Zone begeben, so wird der Zeitraum von zehn Tagen, der im zweiten Absatz des auf die in der Bescheinigung enthaltene Tabelle folgenden Wortlauts vorgeschrieben ist, auf zwölf Tage verlängert.“

Indonesien	am 1. Oktober 1952
Irak	am 1. Oktober 1952
Iran	am 1. Oktober 1952
Irland	am 1. Oktober 1952
Island	am 1. Oktober 1952

\*) Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Israel	am	1. Oktober 1952
Italien	am	1. Oktober 1952
Japan	am	1. Oktober 1952
Jemen	am	20. Februar 1954
Jordanien	am	1. Oktober 1952
Jugoslawien	am	1. Oktober 1952
Kambodscha	am	1. Oktober 1952
Kanada	am	1. Oktober 1952
Republik Korea	am	1. Oktober 1952
Kuba	am	1. Oktober 1952
Laos	am	1. Oktober 1952
Libanon	am	1. Oktober 1952
Liberia	am	1. Oktober 1952
Libyen	am	1. Januar 1953
Luxemburg	am	1. Oktober 1952
Mexiko	am	1. Oktober 1952
Monaco	am	1. Oktober 1952
Nepal	am	2. Dezember 1953
Neuseeland	am	1. Oktober 1952
Für die überseeischen und fernen Hoheitsgebiete sind die Vorschriften in Kraft getreten		
	am	11. Dezember 1952
Nikaragua	am	1. Oktober 1952
Niederlande	am	1. Oktober 1952
Für Surinam sind die Vorschriften in Kraft getreten und zwar mit folgendem Vorbehalt:		
	am	9. August 1954,

## Artikel 17, 56

(Übersetzung)

"The health administration of Surinam shall have the right not to designate any port, which has been approved under paragraph 1 of Article 17 for the issue of deratting exemption certificates, as having at its disposal the equipment and personnel necessary to derat ships for the issue of deratting certificates referred to in Article 52, and not to derat a ship falling under the provisions of sub-paragraph (a) or sub-paragraph (b) of paragraph 2, or paragraph 3 of Article 56."

„Die Gesundheitsverwaltung von Surinam ist berechtigt, keinen auf Grund des Artikels 17 Absatz 1 für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Befreiung von der Entrattung zugelassenen Hafen als Hafen bekanntzugeben, der über die erforderlichen Einrichtungen und das erforderliche Personal für die Entrattung von Schiffen verfügt und daher befugt ist, die in Artikel 52 erwähnten Entrattungsbescheinigungen auszustellen, und keine Schiffe gemäß Artikel 56 Absatz 2 Buchstabe a) oder b) oder Absatz 3 zu entratten.“

Die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation behält sich das Recht vor, ihre Annahme dieses Vorbehalts jederzeit entsprechend der Entwicklung des internationalen Verkehrs in diesem Hoheitsgebiet zu überprüfen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

Für die übrigen überseeischen und fernen Hoheitsgebiete sind die Vorschriften in Kraft getreten		
	am	11. Dezember 1952
Norwegen	am	1. Oktober 1952
Osterreich	am	1. Oktober 1952
Pakistan	am	1. Oktober 1952
mit folgenden Vorbehalten:		

## Artikel 42

(Übersetzung)

"The Government of Pakistan reserves the right to disinsect immediately on arrival an aircraft which, on its voyage over infected territory, has landed at a sanitary airport which is not itself an infected local area."

„Die Regierung von Pakistan behält sich das Recht vor, ein Luftfahrzeug, das auf seiner Reise durch infiziertes Gebiet auf einem Sanitätsflughafen gelandet ist, der selbst nicht örtliches Infektionsgebiet ist, unmittelbar nach seiner Ankunft zu entwesen.“

## Artikel 43

„The terms of Article 74 may be applied to the passengers and crew on board an aircraft landing in the territory or territories of the Government of Pakistan who have come in transit through any airport situated in a yellow-fever endemic zone, not equipped with a direct transit area.“

„Artikel 74 kann auf Reisende und Besatzung eines Luftfahrzeuges angewendet werden, das im Hoheitsgebiet oder in den Hoheitsgebieten der Regierung von Pakistan landet, nachdem es in einem in einer endemischen Gelbfieberzone gelegenen Flughafen zwischengelandet ist, der nicht über ein unmittelbares Durchgangsgebiet verfügt.“

## Artikel 70\*)

„The Government of Pakistan reserves the right in special circumstances, after giving the fullest possible consideration to the reasons on which the Organization has based a delineation made under paragraph 1 of Article 70, and as a purely temporary measure, until a fresh delineation has if necessary been made, to treat, for the purpose of measures to be taken by the Government of Pakistan in regard to arrivals in its territory, a local area or group of local areas, where the conditions of the definition of 'yellow-fever endemic zone' are fulfilled, but which are outside the delineated zone, as if they were part of the delineated zone.“

„Unter besonderen Umständen und nach möglichst genauer Prüfung der Gründe, die zu der von der Organisation in Artikel 70 Absatz 1 vorgenommenen Abgrenzung geführt haben, behält sich die Regierung von Pakistan das Recht vor, bis zu einer gegebenenfalls erforderlichen neuen Abgrenzung bezüglich der von ihr zu treffenden Maßnahmen gegenüber Personen, die in ihrem Hoheitsgebiet ankommen, ein Gebiet oder eine Gruppe von Gebieten, in denen die in der Begriffsbestimmung »Gelbfieberzone« gegebenen Voraussetzungen erfüllt sind, die jedoch außerhalb der abgegrenzten Zone liegen, vorübergehend als einen Teil der abgegrenzten Zone zu behandeln.“

In declaring to the Organization the local area, or group of local areas, to which the reservation would apply, the Government of Pakistan shall give motives underlying such a declaration and the reasons for urgency, in order to permit the Organization to notify all States accordingly.

Indem die Regierung von Pakistan der Organisation gegenüber erklärt, auf welches Gebiet oder auf welche Gruppe von Gebieten der Vorbehalt Anwendung findet, gibt sie die Gründe für diese Erklärung und deren Dringlichkeit bekannt, um es der Organisation zu ermöglichen, sie allen Staaten zu notifizieren.

In regard to persons who embark on a ship or aircraft in a port or an airport which has been removed from a yellow-fever endemic zone, in compliance with the terms of paragraph 2 of Article 70 and who are unable to prove that they have not been in a yellow-fever endemic zone within nine days prior to disembarkation, the Government of Pakistan reserves the right to treat such persons as if they had come from a yellow-fever endemic zone.

Gegenüber Personen, die sich auf einem Schiff oder Luftfahrzeug in einem Hafen oder Flughafen einschiffen, der gemäß Artikel 70 Absatz 2 nicht mehr zu einer endemischen Gelbfieberzone gehört, und die keinen Beweis dafür erbringen können, daß sie sich während neun Tagen vor ihrer Landung nicht in einer endemischen Gelbfieberzone befunden haben, behält sich die Regierung von Pakistan das Recht vor, die gleichen Maßnahmen anzuwenden wie auf Personen, die aus einer endemischen Gelbfieberzone kommen.

The Government of Pakistan shall declare to the Organization, without delay, the ports or airports to which this reservation will apply.“

Die Regierung von Pakistan gibt der Organisation unverzüglich die Häfen oder Flughäfen bekannt, auf welche dieser Vorbehalt Anwendung findet.“

## Artikel 74\*)

„The words 'six days' shall be replaced by the words 'nine days'.“

„Die Worte »sechs Tagen« sind durch die Worte »neun Tagen« zu ersetzen.“

## Artikel 100\*)

„The Government of Pakistan shall have the right to require of persons on an international voyage, arriving by air in its territory or landing there in transit but falling under the terms of paragraph 1 of Article 75, information on their movements during the last nine days prior to disembarkation.“

„Die Regierung von Pakistan ist berechtigt, von allen Personen auf einer internationalen Reise, die auf dem Luftwege in ihrem Hoheitsgebiet ankommen oder dort zwischenlanden, jedoch unter die Bestimmungen des Artikels 75 Absatz 1 fallen, Auskünfte über ihre Ortsveränderungen während der letzten neun Tage vor ihrer Landung zu verlangen.“

## Anhang 3\*)

## (Bescheinigung über Impfung gegen Gelbfieber)

„In the case of a person vaccinated in a yellow-fever endemic zone or of a person who has entered such a zone within 10 days of vaccination, the period of 10 days

„Ist eine Person in einer endemischen Gelbfieberzone geimpft worden oder hat sie sich innerhalb von zehn Tagen nach der Impfung in eine solche Zone begeben,

\*) Dieser Vorbehalt wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens der Vorschriften an gerechnet, angenommen, wobei sich die Versammlung der Weltgesundheitsorganisation das Recht vorbehält, vor Ablauf dieses Zeitraums die Gültigkeitsdauer des Vorbehalts auf einen weiteren Zeitraum auszudehnen, unbeschadet des Rechts des Staates, der den Vorbehalt gemacht hat, diesen jederzeit zurückzuziehen, und vorbehaltlich aller von der Versammlung an den Artikeln, auf die sich der Vorbehalt bezieht, etwa vorgenommenen sachdienlichen Änderungen.

referred to in the second paragraph of the rules which appear on the certificate underneath the table shall be extended to 12 days."

so wird der Zeitraum von zehn Tagen, der im zweiten Absatz des auf die in der Bescheinigung enthaltene Tabelle folgenden Wortlauts vorgeschrieben ist, auf zwölf Tage verlängert."

Panama	am 1. Oktober 1952
Paraguay	am 1. Oktober 1952
Peru	am 1. Oktober 1952
Philippinen	am 1. Oktober 1952
mit folgendem Vorbehalt:	

#### Artikel 69 Absatz 2

(Übersetzung)

"Persons on an international voyage arriving from an infected local area, within the incubation period of the disease, may be required to submit to stool examination subject to the conditions:

„Von Personen auf einer internationalen Reise, die innerhalb der Inkubationszeit der Krankheit aus einem örtlichen Infektionsgebiet ankommen, kann eine Stuhluntersuchung verlangt werden, vorausgesetzt,

- |  |   |
|--|---|
| (a) that the reservation constitute no derogation from the provisions of Articles 34 and 61 or any other articles of the Regulations;  | a) daß der Vorbehalt keine Abweichung von Artikel 34 und 61 oder irgendeinem anderen Artikel der Vorschriften darstellt;  |
| (b) that the period within which a person may be submitted to stool examination do not exceed five days, reckoned from the date of the departure of the person from the infected local area; | b) daß der Zeitraum, während dessen von einer Person eine Stuhluntersuchung verlangt werden kann, nicht mehr als fünf Tage betragen darf, von dem Zeitpunkt, in dem diese Person das örtliche Infektionsgebiet verlassen hat, an gerechnet; |
| (c) that the measure be used with discretion and only in the case of absolute necessity."  | c) daß diese Maßnahme einsichtsvoll und nur im Falle unbedingter Notwendigkeit angewendet wird."  |

Portugal	am 1. Oktober 1952
Für die überseeischen und fernen Hoheitsgebiete sind die Vorschriften in Kraft getreten	am 11. Dezember 1952
El Salvador	am 1. Oktober 1952
Saudisch-Arabien	am 1. Oktober 1952
mit folgenden Vorbehalten:	

#### Artikel 61

(Übersetzung)

"Surveillance, as provided in sub-paragraph (a) of paragraph 3 of this article, may be replaced by isolation so long as Annex A remains in force and subject to the following conditions:

„An die Stelle der in Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe a) vorgesehenen Beobachtung kann, solange Anlage A in Kraft bleibt, Isolierung unter folgenden Bedingungen treten:

- |  |   |
|--|---|
| (a) That the reservation apply only to persons arriving during the period of the Pilgrimage as defined in Article A 6, i. e. from two months before to two months after the day of the Haj;  | a) Der Vorbehalt findet nur auf Personen Anwendung, die während der Zeit der Pilgerfahrt im Sinne der Begriffsbestimmung des Artikels A 6, d. h. während eines zwei Monate vor dem Tage des Hadsch beginnenden und zwei Monate danach endigenden Zeitraums, ankommen;   |
| (b) That persons refusing vaccination should not be compulsorily vaccinated but may be placed in isolation until the expiry of the relevant period of incubation, or until arrangements can be made in the meantime for their repatriation." | b) Personen, die sich weigern, sich impfen zu lassen, sollen hierzu nicht gezwungen werden, können jedoch bis zum Ablauf der entsprechenden Inkubationszeit oder so lange isoliert werden, bis unterdessen Vorkehrungen für ihre Rückführung getroffen werden konnten." |

#### Artikel 63

"Surveillance, as provided in sub-paragraph (a) of paragraph 1 of this article, may be replaced by isolation so long as Annex A remains in force and subject to the following condition:

„An die Stelle der in Artikel 63 Absatz 1 Buchstabe a) vorgeschriebenen Beobachtung kann, solange Anlage A in Kraft bleibt, Isolierung unter folgender Bedingung treten:

That the reservation apply only to persons arriving during the period of the Pilgrimage as defined in Article A 6, i. e. from two months before to two months after the day of the Haj."

Der Vorbehalt findet nur auf Personen Anwendung, die während der Zeit der Pilgerfahrt im Sinne der Begriffsbestimmung des Artikels A 6, d. h. während eines zwei Monate vor dem Tage des Hadsch beginnenden und zwei Monate danach endigenden Zeitraums ankommen."

Artikel 64

„Surveillance, as provided in sub-paragraph 2 of this article, may be replaced by isolation so long as Annex A remains in force and subject to the following conditions:

- (a) That the reservation apply only to persons arriving during the period of the Pilgrimage as defined in Article A 6, i. e. from two months before to two months after the day of the Haj;
- (b) That 'isolation' be substituted for 'surveillance' but only during the aforesaid period."

„An die Stelle der in Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe a) vorgeschriebenen Beobachtung kann, solange Anlage A in Kraft bleibt, Isolierung unter folgenden Bedingungen treten:

- a) Der Vorbehalt findet nur auf Personen Anwendung, die während der Zeit der Pilgerfahrt im Sinne der Begriffsbestimmung des Artikels A 6, d. h. während eines zwei Monate vor dem Tage des Hadsch beginnenden und zwei Monate danach endigenden Zeitraums, ankommen;
- b) die »Isolierung« kann nur während dieses Zeitraums an die Stelle der »Beobachtung« treten."

Artikel 69

„Persons on an international voyage arriving from an infected local area, within the incubation period of the disease, may be required to submit to stool examination subject to the conditions:

- (a) that the reservation constitute no derogation from the provisions of Articles 34 and 61 or any other articles of the Regulations;
- (b) that the period within which a person may be submitted to stool examination do not exceed 5 days, reckoned from the date of the departure of the person from the infected local area;
- (c) that the measure be used with discretion and only in the case of absolute necessity;
- (d) that the reservation apply only to Article 69, paragraph 2 — stool examination — and that rectal swabbing be not carried out under any circumstances."

„Von Personen auf einer internationalen Reise, die innerhalb der Inkubationszeit der Krankheit aus einem örtlichen Infektionsgebiet ankommen, kann eine Stuhluntersuchung verlangt werden, vorausgesetzt,

- a) daß der Vorbehalt keine Abweichung von Artikel 34 und 61 oder einem anderen Artikel der Vorschriften darstellt;
- b) daß der Zeitraum, während dessen von einer Person eine Stuhluntersuchung verlangt werden kann, nicht mehr als fünf Tage betragen darf, von dem Zeitpunkt, in dem diese Person das örtliche Infektionsgebiet verlassen hat, an gerechnet;
- c) daß diese Maßnahme einsichtsvoll und nur im Falle unbedingter Notwendigkeit angewendet wird;
- d) daß der Vorbehalt nur auf Artikel 69 Absatz 2 — Stuhluntersuchung — Anwendung findet und ein Analabstrich keinesfalls vorgenommen werden darf."

Artikel A 1

„The second paragraph of this article is not binding on Saudi Arabia."

„Saudisch-Arabien ist durch Absatz 2 dieses Artikels nicht gebunden."

Artikel A 6

„This article is not binding on Saudi Arabia."

„Saudisch-Arabien ist durch diesen Artikel nicht gebunden."

Schweden	am 13. Oktober 1952
Schweiz	am 28. Oktober 1952
Spanien	am 1. Oktober 1952
Sudan	am 1. Oktober 1954
Südafrikanische Union mit folgenden Vorbehalten:	am 1. Oktober 1952

Artikel 40, 42, 76 und 77

(Übersetzung)

„An aircraft landing in the territories of the Union of South Africa which has come from any airport, situated in a yellow-fever endemic zone, may be disinfected."

„Ein Luftfahrzeug, das von einem in einer endemischen Gelbfieberzone gelegenen Flughafen kommt und in den Hoheitsgebieten der Südafrikanischen Union landet, kann entwest werden."

Artikel 43

„The terms of Article 74 may be applied to the passengers and crew on board an aircraft landing in the territory or territories of the Union of South Africa, who have come in transit through any airport situated in a yellow-fever endemic zone, not equipped with a direct transit area."

„Artikel 74 kann auf Reisende und Besatzung eines Luftfahrzeuges angewendet werden, daß im Hoheitsgebiet oder in den Hoheitsgebieten der Südafrikanischen Union landet, und in einem in einer endemischen Gelbfieberzone gelegenen Flughafen zwischengelandet ist, der nicht über ein unmittelbares Durchgangsgebiet verfügt."

Further, the Government of the Union of South Africa reserves the right to apply the terms of Article 74 to passengers and crew on board an aircraft landing in its territories even if they have come in transit through an airport situated in a yellow-fever endemic zone in Africa equipped with a direct transit area, until such time as it is established, in conformity with a procedure to be elaborated by the Organization, that such transit fulfils the terms of Article 20 read in conjunction with the definition of direct transit area."

Die Regierung der Südafrikanischen Union behält sich ferner das Recht vor, Artikel 74 auf Reisende und Besatzung eines Luftfahrzeuges anzuwenden, das in ihren Hoheitsgebieten landet, auch wenn sie in einem in einer endemischen Gelbfieberzone in Afrika gelegenen Flughafen zwischengelandet sind, der über ein unmittelbares Durchgangsgebiet verfügt, und zwar so lange, bis nach einem von der Organisation festzusetzenden Verfahren festgestellt wird, daß dieses unmittelbare Durchgangsgebiet den Bestimmungen des Artikels 20 unter Berücksichtigung der Begriffsbestimmung des unmittelbaren Durchgangsgebiets entspricht."

Syrien	am 1. Oktober 1952
Thailand	am 1. Oktober 1952
Türkei	am 1. Oktober 1952
Uruguay	am 1. Oktober 1952
Vatikanstadt	am 1. Oktober 1952
Venezuela	am 1. Oktober 1952
Vereinigte Staaten von Amerika	am 1. Oktober 1952
Vietnam	am 1. Oktober 1952.

Bonn, den 25. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Frhr. v. Welck

### **Bekanntmachung über die Wiederverwendung des deutsch-niederländischen Auslieferungsvertrages.**

**Vom 15. Februar 1957.**

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Königlich Niederländischen Regierung ist Einverständnis darüber festgestellt worden, daß

der in Berlin am 31. Dezember 1896 unterzeichnete Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden (Reichsgesetzbl. 1897 S. 731)

im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden mit Wirkung vom 1. Dezember 1956 mit den durch Notenwechsel vom 1. Dezember 1956 vereinbarten Maßgaben gegenseitig wieder angewendet wird.

Der Notenwechsel vom 1. Dezember 1956 wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung des Staatssekretärs  
Grewe

**Notenwechsel**

Botschaft  
der  
Bundesrepublik Deutschland  
541-01/2192

Den Haag, den 1. Dezember 1956

Herr Außenminister,

nachdem in Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreiches der Niederlande festgestellt worden ist, daß beide Regierungen übereinstimmend wünschen, den Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden vom 31. Dezember 1896 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande wieder anzuwenden, beehre ich mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß dieser Vertrag mit Ausnahme von Artikel 17 und unter Beachtung nachstehender Bestimmungen vom 1. Dezember 1956 an von der Bundesrepublik Deutschland wieder angewendet wird:

1. Ist die Auslieferungstat nach dem Gesetz des ersuchenden Staates, nicht aber nach dem des ersuchten Staates mit der Todesstrafe bedroht, so findet eine Auslieferung nicht statt, wenn nicht hinreichend gesichert ist, daß der ersuchende Staat eine von seinen Gerichten etwa erkannte Todesstrafe nicht vollstrecken wird.
2. Im Sinne dieses Vertrages gelten als Deutsche bzw. Niederländer nicht nur diejenigen Personen, welche die deutsche bzw. niederländische Staatsangehörigkeit besitzen, sondern auch die ihnen gesetzlich gleichgestellten Personen.
3. Bei der Entscheidung über ein Auslieferungsersuchen wird im gegebenen Fall das politische Asylrecht beachtet.
4. Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird auch geleistet:
  - a) in Strafsachen gegen Angehörige des ersuchten Staates ohne Rücksicht auf den Aufenthaltsort dieser Personen,
  - b) in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zoll-, Steuer- und Devisengesetze,
  - c) in Strafsachen wegen Übertretungen,
  - d) in Gnadensachen.
5. Die Verpflichtung zur Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird ausgedehnt:
  - a) auf die Vernehmung des Beschuldigten,
  - b) auf Rechtshilfehandlungen in den bei Justizbehörden anhängigen Verfahren wegen Zuwiderhandlungen, die nach deutschem Recht Ordnungswidrigkeiten sind,
  - c) auf Rechtshilfehandlungen in Angelegenheiten, betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Haft.
6. Die Behörden der Vertragsparteien übergeben einander außerhalb eines Auslieferungsverfahrens auf Ersuchen Gegenstände, die als Beweismittel in einem Strafverfahren dienen können.  
Rechte des ersuchten Staates und Rechte Dritter an diesen Gegenständen bleiben unberührt. Werden solche Rechte geltend gemacht, so werden die Gegenstände nach Beendigung des Verfahrens unverzüglich und kostenfrei der ersuchten Behörde zurückgegeben, sofern diese nicht ausdrücklich darauf verzichtet.
7. Für nichtpolitische Strafverfahren übermitteln sich die Justizbehörden der Vertragsparteien gegenseitig auf Ersuchen Auszüge aus dem Strafregister und andere Auskünfte über Vorstrafen von Personen. Diese Auskünfte werden im gleichen Umfange erteilt wie für die Strafverfahren des ersuchten Staates. Die niederländischen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister,  
wenn die betreffende Person innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geboren ist,  
an den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht, in dessen Bezirk der Geburtsort liegt;  
wenn sie in Berlin geboren ist,  
an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht in Berlin (West),  
wenn sie außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik und des Landes Berlin geboren ist oder ihr Geburtsort zweifelhaft oder nicht zu ermitteln ist,  
an den Oberbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof — Bundesstrafregister — in Berlin-Charlottenburg, Soorstraße 84.

Die deutschen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszugs aus dem Strafregister, wenn die betroffene Person innerhalb des europäischen Gebietes des Königreiches der Niederlande geboren ist,

an den „Officier van Justitie“, in dessen Amtsbereich der Geburtsort liegt,

andernfalls

an das Justizministerium in Den Haag.

8. a) Der Auslieferungsvertrag bildet keine Grundlage für Rechtshilfe in rein militärischen Strafsachen,
  - b) Ein Ersuchen um Rechtshilfe nach Artikel 12 des Vertrages kann nur abgelehnt werden, wenn der Beschuldigte sich im Gebiet des ersuchten Staates befindet und die zuständige Justizbehörde dieses Staates erklärt, daß sie den Beschuldigten wegen der dem Rechtshilfeersuchen zugrunde liegenden Tat selbst strafrechtlich verfolgen wird oder daß sie die Strafverfolgung bereits eingeleitet oder durchgeführt hat.
  - c) Rechtshilfe wird nicht geleistet, wenn sie geeignet wäre, wesentliche Interessen des ersuchten Staates zu gefährden.
9. Die Ersuchen um Rechtshilfe sowie die Erledigungsstücke können stets von den Justizbehörden des einen Staates unmittelbar den Justizbehörden des anderen Staates übermittelt werden.  
Die Vertragsparteien werden Verzeichnisse der zur Stellung und zur Entgegennahme solcher Ersuchen zuständigen Behörden untereinander austauschen.
10. Artikel 13 des Vertrages findet auch auf Sachverständige Anwendung.  
Die ersuchende Behörde wird in dem Ersuchen um Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen die voraussichtliche Höhe der zu gewährenden Entschädigung mitteilen.
11. Die Beifügung von Übersetzungen in die Sprache des anderen Staates kann im Auslieferungsverkehr und bei der sonstigen Rechtshilfe nicht verlangt werden.
12. Der Austausch von Strafnachrichten nach Artikel 16 des Vertrages erstreckt sich auch für Übertretungen, die in das Strafregister eingetragen werden. Der Austausch geschieht in der Weise, daß in Abständen von drei Monaten Abschriften der für das Strafregister bestimmten Nachrichten vom Bundesministerium der Justiz an das niederländische Justizministerium und umgekehrt übermittelt werden.
13. Ersucht ein Zivilgericht oder eine Verwaltungsbehörde um Rechtshilfe durch Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister, so ist das Ersuchen zu begründen. Wird ein solches Ersuchen von niederländischer Seite gestellt, so ist es an das Bundesministerium der Justiz, wird es von deutscher Seite gestellt, an das niederländische Justizministerium zu richten.
14. Diese Vereinbarung gilt auf deutscher Seite auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreiches der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt. Sie gilt auf niederländischer Seite nur für die Niederlande. Durch späteren Notenwechsel kann die Vereinbarung mit oder ohne Änderung auf eines oder mehrere der überseeischen Gebiete des Königreiches erstreckt werden.
15. Diese Vereinbarung findet auf Taten Anwendung, die nach dem 26. Juli 1951 begangen worden sind.

Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz den Vorschlag zu unterbreiten, daß, falls die Vereinbarung die Billigung der Regierung des Königreiches der Niederlande findet, die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als verbindlich für diese Vereinbarung gelten mögen.

Ich benutze die Gelegenheit, Eurer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Mühlenfeld  
Botschafter

An  
Seine Exzellenz  
den Minister der  
Auswärtigen Angelegenheiten  
Herr Mr. J. M. A. H. Luns  
DEN HAAG



(Übersetzung)

Ministerie van Buitenlandse Zaken  
's-Gravenhage

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten  
Den Haag

Directie Algemene Zaken/JZ

Abteilung Allgemeine  
Angelegenheiten / JZ

No. 159.196.

Nr. 159.196

's-Gravenhage, 1 december 1956.

Den Haag, den 1. Dezember 1956

Mijnheer de Ambassadeur,

Herr Botschafter,

Hierbij moge ik Uwer Excellentie de ontvangst bevestigen van Haar brief van heden, No. 541-01/2192, waarbij Zij mededeelt:

Ich darf Euerer Exzellenz hiermit den Empfang Ihres heutigen Schreibens Nr. 541-01/2192 bestätigen, das folgenden Inhalt hat:

"Nu bij onderhandelingen tussen de regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de regering van het Koninkrijk der Nederlanden is vastgesteld, dat beide regeringen over en weer de wens koesteren het op 31 december 1896 tussen het Duitse Rijk en Nederland gesloten Uitleveringsverdrag weder toe te passen tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden, heb ik de eer Uwer Excellentie mede te delen dat dit verdrag, met uitzondering van artikel 17 en met inachtneming van de navolgende bepalingen, met ingang van 1 december 1956 weder door de Bondsrepubliek Duitsland wordt toegepast:

„Nachdem in Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreiches der Niederlande festgestellt worden ist, daß beide Regierungen übereinstimmend wünschen, den Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden vom 31. Dezember 1896 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande wiederanzuwenden, beehre ich mich, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß dieser Vertrag mit Ausnahme von Artikel 17 und unter Beachtung nachstehender Bestimmungen vom 1. Dezember 1956 an von der Bundesrepublik Deutschland wiederangewendet wird:

1. Is op het strafbare feit, terzake waarvan uitlevering wordt gevraagd, volgens de wetgeving van de verzoekende staat, doch niet volgens die van de aangezochte staat, de doodstraf gesteld, dan blijft uitlevering achterwege, indien niet voldoende is gewaarborgd, dat de verzoekende staat een door een van zijn gerechten eventueel opgelegde doodstraf niet ten uitvoer zal leggen.
2. In de zin van dit verdrag worden als Duitsers, onderscheidenlijk Nederlanders, niet alleen beschouwd degenen die de Duitse, onderscheidenlijk de Nederlandse, nationaliteit bezitten, maar ook de wettelijk met hen gelijkgestelde personen.
3. Bij de beslissing op een verzoek om uitlevering wordt in de daarvoor in aanmerking komende gevallen rekening gehouden met het recht van politiek asyl.
4. Rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag wordt ook verleend:
  - a. in strafzaken tegen eigen onderdanen van de aangezochte staat, ongeacht de verblijfplaats van deze personen;
  - b. in strafzaken wegens vergrijpen tegen de douane-, belasting- en deviezenwetten;
  - c. in strafzaken wegens overtredingen;
  - d. ten behoeve van de behandeling van gratieverzoeken.
5. De verplichting tot rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag strekt zich mede uit:
  - a. tot het horen van verdachten;
  - b. tot daden van rechtshulp in gedingen welke bij een rechterlijk orgaan aanhangig zijn wegens een vergrijp dat naar Duits recht als een "Ordnungswidrigkeit" wordt aangemerkt;
  - c. tot daden van rechtshulp voor de behandeling van een verzoek om vergoeding voor ten onrechte ondergane vrijheidsbeneming.

1. Ist die Auslieferungstat nach dem Gesetz des ersuchenden Staates, nicht aber nach dem des ersuchten Staates mit der Todesstrafe bedroht, so findet eine Auslieferung nicht statt, wenn nicht hinreichend gesichert ist, daß der ersuchende Staat eine von seinen Gerichten etwa erkannte Todesstrafe nicht vollstrecken wird.
2. Im Sinne dieses Vertrages gelten als Deutsche bzw. Niederländer nicht nur diejenigen Personen, welche die deutsche bzw. niederländische Staatsangehörigkeit besitzen, sondern auch die ihnen gesetzlich gleichgestellten Personen.
3. Bei der Entscheidung über ein Auslieferungsersuchen wird im gegebenen Fall das politische Asylrecht beachtet.
4. Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird auch geleistet:
  - a) in Strafsachen gegen Angehörige des ersuchten Staates ohne Rücksicht auf den Aufenthaltsort dieser Personen,
  - b) in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zoll-, Steuer- und Devisengesetze,
  - c) in Strafsachen wegen Übertretungen,
  - d) in Gnadensachen.
5. Die Verpflichtung zur Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird ausgedehnt:
  - a) auf die Vernehmung des Beschuldigten,
  - b) auf Rechtshilfehandlungen in den bei Justizbehörden anhängigen Verfahren wegen Zuwiderhandlungen, die nach deutschem Recht Ordnungswidrigkeiten sind,
  - c) auf Rechtshilfehandlungen in Angelegenheiten betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Haft.

6. Buiten het geval van uitlevering doen de autoriteiten van beide staten elkander op verzoek voorwerpen toekomen, welke als bewijsmiddel in een strafgeding kunnen dienen.

Rechten van de aangezochte staat en rechten van derden op deze voorwerpen blijven onverlet. Indien op zodanige rechten een beroep wordt gedaan, dan worden de voorwerpen na beëindiging van het geding onverwijld en vrij van kosten aan de aangezochte autoriteit teruggegeven, voorzover deze er niet uitdrukkelijk afstand van doet.

7. De rechterlijke organen van de beide staten verstrekken elkander over en weer voor strafgedingen van niet-politieke aard op verzoek uittreksels uit het strafregister en andere inlichtingen omtrent criminele antecedenten.

Deze inlichtingen worden in dezelfde omvang verstrekt als voor strafgedingen van de aangezochte staat.

De Nederlandse rechters, belast met de behandeling van strafzaken, en leden van het Nederlandse openbaar ministerie wenden zich met een verzoek om een uittreksel uit het strafregister

tot de Oberstaatsanwalt bij het Landgericht, binnen wiens ambtsgebied de geboorteplaats is gelegen, indien de betrokkene op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland is geboren;

tot de Generalstaatsanwalt bij het Landgericht te Berlijn (West), indien de betrokkene te Berlijn is geboren;

tot de Oberbundesanwalt bij het Bundesgerichtshof — Bundesstrafregister — te Berlin-Charlottenburg, Soorstrasse 84, indien de betrokkene buiten het grondgebied van de Bondsrepubliek en van het land Berlijn is geboren of zijn geboorteplaats onzeker of onbekend is.

De Duitse rechters, belast met de behandeling van strafzaken, en leden van het Duitse openbaar ministerie (Staatsanwaltschaft) wenden zich met een verzoek om een uittreksel uit het strafregister

tot de officier van justitie, binnen wiens ambtsgebied de geboorteplaats is gelegen, indien de betrokkene op het Europese grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden is geboren;

en in andere gevallen tot het Ministerie van Justitie te 's-Gravenhage.

8. a. Het Uitleveringsverdrag vormt geen grondslag voor rechtshulp in strafzaken betreffende zuiver militaire delicten.
- b. Rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag kan slechts worden geweigerd, indien de verdachte zich op het grondgebied van de aangezochte staat bevindt en het bevoegde rechterlijke orgaan van deze staat verklaart, dat het de verdachte terzake van het strafbare feit, in verband waarmede rechtshulp wordt gevraagd, zelf zal vervolgen, dan wel dat het de strafvolgving reeds heeft aangevangen of voltooid.
- c. Rechtshulp wordt niet verleend indien daardoor essentiële belangen van de aangezochte staat in gevaar gebracht zouden kunnen worden.
9. Verzoeken om rechtshulp en de daarbij behorende bescheiden kunnen steeds door de rechterlijke organen van de ene staat rechtstreeks aan die van de andere staat worden toegezonden.

6. Die Behörden der Vertragsparteien übergeben einander außerhalb eines Auslieferungsverfahrens auf Ersuchen Gegenstände, die als Beweismittel in einem Strafverfahren dienen können.

Rechte des ersuchten Staates und Rechte Dritter an diesen Gegenständen bleiben unberührt. Werden solche Rechte geltend gemacht, so werden die Gegenstände nach Beendigung des Verfahrens unverzüglich und kostenfrei der ersuchten Behörde zurückgegeben, sofern diese nicht ausdrücklich darauf verzichtet.

7. Für nichtpolitische Strafverfahren übermitteln sich die Justizbehörden der Vertragsparteien gegenseitig auf Ersuchen Auszüge aus dem Strafregister und andere Auskünfte über Vorstrafen von Personen.

Diese Auskünfte werden im gleichen Umfange erteilt wie für die Strafverfahren des ersuchten Staates.

Die niederländischen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister,

wenn die betreffende Person innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geboren ist,

an den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht, in dessen Bezirk der Geburtsort liegt;

wenn sie in Berlin geboren ist,

an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht in Berlin (West),

wenn sie außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik und des Landes Berlin geboren ist oder ihr Geburtsort zweifelhaft oder nicht zu ermitteln ist,

an den Oberbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof — Bundesstrafregister — in Berlin-Charlottenburg, Soorstraße 84.

Die deutschen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszugs aus dem Strafregister,

wenn die betreffende Person innerhalb des europäischen Gebietes des Königreiches der Niederlande geboren ist,

an den „Officier van Justitie“, in dessen Amts-bereich der Geburtsort liegt,

andernfalls an das Justizministerium in Den Haag.

8. a) Der Auslieferungsvertrag bildet keine Grundlage für Rechtshilfe in rein militärischen Strafsachen.
- b) Ein Ersuchen um Rechtshilfe nach Artikel 12 des Vertrages kann nur abgelehnt werden, wenn der Beschuldigte sich im Gebiet des ersuchten Staates befindet und die zuständige Justizbehörde dieses Staates erklärt, daß sie den Beschuldigten wegen der dem Rechtshilfeersuchen zugrunde liegenden Tat selbst strafrechtlich verfolgen wird oder daß sie die Strafverfolgung bereits eingeleitet oder durchgeführt hat.
- c) Rechtshilfe wird nicht geleistet, wenn sie geeignet wäre, wesentliche Interessen des ersuchten Staates zu gefährden.
9. Die Ersuchen um Rechtshilfe sowie die Erledigungsstücke können stets von den Justizbehörden des einen Staates unmittelbar den Justizbehörden des anderen Staates übermittelt werden.

De partijen bij deze overeenkomst zullen elkander over en weer een opgave verstrekken van de autoriteiten die tot het doen en tot het ontvangen van verzoeken om rechtshulp bevoegd zijn.

10. Artikel 13 van het verdrag is ook van toepassing op deskundigen.

De verzoekende autoriteit zal in het verzoek om uitnodiging van een getuige of deskundige het te verwachten bedrag van de toe te kennen schadeloosstelling mededelen.

11. Toevoeging van vertalingen in de taal van de andere staat kan in het uitleveringsverkeer en in het overige rechtshulpverkeer niet worden gevorderd.

12. De uitwisseling van gegevens omtrent veroordelingen overeenkomstig artikel 16 van het verdrag omvat mede overtredingen welke in het strafregister worden aangetekend.

De uitwisseling geschiedt in die voege, dat telkens na drie maanden afschriften van strafbladen door het Bondsministerie van Justitie aan het Nederlandse Ministerie van Justitie, en omgekeerd, worden toegezonden.

13. Verzoekt de civiele rechter of een administratief orgaan rechtshulp door verstrekking van een uittreksel uit het strafregister, dan moet het verzoek worden gemotiveerd.

Indien zodanig verzoek van Nederlandse, onderscheidenlijk Duitse, zijde wordt gedaan, dan moet het tot het Bondsministerie van Justitie, onderscheidenlijk tot het Nederlandse Ministerie van Justitie, worden gericht.

14. De overeenkomst is aan Duitse zijde ook verbindend voor het land Berlijn, voorzover de regering van de Bondsrepubliek niet binnen een termijn van drie maanden na het inwerkingtreden van de overeenkomst tegenover de regering van het Koninkrijk der Nederlanden het tegendeel verklaart.

Zij is wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft slechts verbindend voor Nederland. Bij nadere notawisseling kan de overeenkomst, al dan niet gewijzigd, worden uitgebreid tot een of meer van de overzeese delen van het Koninkrijk der Nederlanden.

15. De overeenkomst is van toepassing op feiten welke na 26 juli 1951 zijn begaan.

Ik heb de eer Uwer Excellentie voor te stellen, dat, ingeval de overeenkomst de goedkeuring van de regering van het Koninkrijk der Nederlanden heeft, met de onderhavige nota en Uw antwoord-nota de overeenkomst als tot stand gebracht zal worden beschouwd."

Ik heb de eer Uwer Excellentie mede te delen, dat de Nederlandse Regering ermee instemt dat de hierboven aangehaalde overeenkomst wederzijds als verbindend wordt beschouwd tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland.

De bij deze notawisseling tussen onze Regeringen tot stand gekomen overeenkomst zal in werking treden op 1 december 1956.

Ik maak van deze gelegenheid gebruik, Mijnheer de Ambassadeur, U de hernieuwde verzekering te geven van mijn bijzondere hoogachting.

J. M. A. Luns

Zijner Excellentie  
Dr. Hans Mühlendorf,  
Buitengewoon en Gevolmachtigd  
Ambassadeur van de  
Bondsrepubliek Duitsland.

Die Vertragsparteien werden Verzeichnisse der zur Stellung und zur Entgegennahme solcher Ersuchen zuständigen Behörden untereinander austauschen.

10. Artikel 13 des Vertrages findet auch auf Sachverständige Anwendung.

Die ersuchende Behörde wird in dem Ersuchen um Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen die voraussichtliche Höhe der zu gewährenden Entschädigung mitteilen.

11. Die Beifügung von Übersetzungen in die Sprache des anderen Staates kann im Auslieferungsverkehr und bei der sonstigen Rechtshilfe nicht verlangt werden.

12. Der Austausch von Strafnachrichten nach Artikel 16 des Vertrages erstreckt sich auch auf Übertretungen, die in das Strafregister eingetragen werden. Der Austausch geschieht in der Weise, daß in Abständen von drei Monaten Abschriften der für das Strafregister bestimmten Nachrichten vom Bundesministerium der Justiz an das niederländische Justizministerium und umgekehrt übermittelt werden.

13. Ersucht ein Zivilgericht oder eine Verwaltungsbehörde um Rechtshilfe durch Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister, so ist das Ersuchen zu begründen. Wird ein solches Ersuchen von niederländischer Seite gestellt, so ist es an das Bundesministerium der Justiz, wird es von deutscher Seite gestellt, an das niederländische Justizministerium zu richten.

14. Diese Vereinbarung gilt auf deutscher Seite auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreiches der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt. Sie gilt auf niederländischer Seite nur für die Niederlande. Durch späteren Notenwechsel kann die Vereinbarung mit oder ohne Änderung auf eines oder mehrere der überseeischen Gebiete des Königreiches erstreckt werden.

15. Diese Vereinbarung findet auf Taten Anwendung, die nach dem 26. Juli 1951 begangen worden sind.

Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz den Vorschlag zu unterbreiten, daß, falls die Vereinbarung die Billigung der Regierung des Königreiches der Niederlande findet, die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als verbindlich für diese Vereinbarung gelten mögen."

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die Niederländische Regierung damit einverstanden ist, daß die obengenannte Vereinbarung als zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland verbindlich betrachtet wird.

Die durch diesen Notenwechsel zwischen unseren Regierungen getroffene Vereinbarung tritt am 1. Dezember 1956 in Kraft.

Ich benutze die Gelegenheit, Herr Botschafter, Ihnen die Versicherung meiner besonderen Hochachtung zu erneuern.

J. M. A. Luns

**Bekanntmachung**  
**zu dem Kulturabkommen vom 29. Mai 1956**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen.**

Vom 25. Februar 1957.

In Oslo ist am 29. Mai 1956 ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen unterzeichnet worden.

Das Abkommen, das nachstehend veröffentlicht wird, tritt nach seinem Artikel 7 am 9. März 1957 in Kraft. Die Ratifikationsurkunden sind am 9. Februar 1957 ausgetauscht worden.

Bonn, den 25. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
 In Vertretung des Staatssekretärs  
 Frhr. v. Welck

**Kulturabkommen**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen**

**Kulturavtale**  
**mellom Kongeriket Norge og Forbundsrepublikken Tyskland**

Die Bundesrepublik Deutschland  
 und  
 das Königreich Norwegen

von dem Wunsche beseelt, ein Abkommen zu schließen, das durch Zusammenarbeit und Austausch auf kulturellem Gebiet das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Völkern fördern soll,

haben zu diesem Zweck Bevollmächtigte ernannt, die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen sind:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden soweit wie möglich die Beziehungen der beiden Länder auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst und des Schul- und Hochschulwesens, sowie das gegenseitige Verständnis für die Institutionen und das soziale Leben des anderen Landes fördern.

Artikel 2

Im Hinblick auf die zu erreichenden Ziele, wie sie in Artikel 1 angeführt sind, werden die Vertragsparteien, wenn möglich durch Erteilung von Stipendien, den Austausch von Vertretern von Institutionen und Organisationen wissenschaftlicher, unterrichtlicher und kultureller Art fördern. Sie werden bemüht sein, sich gegenseitig dabei zu unterstützen, ihren Völkern die Kenntnis der Kulturgüter des anderen Landes zu vermitteln.

Artikel 3

Die Vertragsparteien setzen sich im Rahmen der für sie geltenden Rechtsvorschriften dafür ein, daß die in ihrem Land veröffentlichten Schulbücher keine Unrichtigkeiten über Geschichte und Lebensformen des anderen Landes enthalten.

Kongeriket Norge  
 og

Forbundsrepublikken Tyskland,

som ønsker å slutte en avtale for å fremme den gjensidige forståelse mellom de to folk ved samarbeid og utveksling på det kulturelle område,

har i dette øyemed oppnevnt befullmektigede, som etter utveksling av behørigte fullmakter er blitt enige om følgende:

Artikkel 1.

De kontraherende parter vil i størst mulig utstrekning fremme forbindelsene mellom de to land når det gjelder vitenskap, litteratur, kunst, skolevesen og universitetsliv, og likeledes den gjensidige forståelse for det annet lands institusjoner og samfunnsniv.

Artikkel 2.

Med sikte på å nå de mål som er nevnt i artikkel 1, vil de kontraherende parter, om mulig ved å yde stipendier, fremme utvekslingen av representanter for institusjoner og organisasjoner av vitenskapelig, undervisningsmessig og kulturell art. De vil likeledes søke å yde hverandre gjensidig støtte når det gjelder å formidle kjennskapet hos de to folk til det annet lands kulturgoder.

Artikkel 3.

De kontraherende parter vil innenfor rammen av gjeldende forskrifter gå inn for å hindre at skolebøker som utkommer i det ene land inneholder uriktige opplysninger om det annet lands historie og levemåte.

## Artikel 4

Zum Zwecke der Durchführung des vorliegenden Abkommens wird eine aus sechs Mitgliedern bestehende Ständige Gemischte Kommission eingesetzt werden. Diese Kommission wird aus zwei Abteilungen bestehen, und zwar eine aus deutschen Mitgliedern mit ihrem Sitz in Bonn und eine aus norwegischen Mitgliedern mit ihrem Sitz in Oslo. Jede Abteilung besteht aus drei Mitgliedern. Sie werden für die Bundesrepublik Deutschland vom Bundesminister des Auswärtigen im Benehmen mit den beteiligten Bundesministern und den Kultusministern der Länder, für Norwegen vom Ministerium des Äußern im Benehmen mit dem Kultusministerium ernannt.

Die Ständige Gemischte Kommission wird, so oft sich die Notwendigkeit hierfür ergibt, mindestens aber einmal im Jahr, und zwar abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in Norwegen zusammentreten. Der Vorsitz wird von einem Mitglied der Kommission, das das Land vertritt, wo die Sitzung stattfindet, geführt. Der Botschafter der anderen Vertragspartei oder dessen Vertreter kann eingeladen werden, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen.

Die Ständige Gemischte Kommission wird berechtigt sein, aus jedem Land Sachverständige als Berater der Kommission heranzuziehen.

## Artikel 5

In diesem Abkommen bedeutet „Land“ auf deutscher Seite die Bundesrepublik Deutschland, auf norwegischer Seite das Königreich Norwegen.

## Artikel 6

Das Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der königlich norwegischen Regierung innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

## Artikel 7

Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sollen in Bonn ausgetauscht werden.

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und kann jeweils nach Ablauf von 5 Jahren von einer der Vertragsparteien mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Oslo am 29. Mai 1956 in zwei Urschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
gezeichnet:  
von Brentano

Für das Königreich Norwegen  
gezeichnet:  
Halvard Lange

## Artikkel 4.

For å gjennomføre denne avtale vil det bli nedsatt en fast blandet kommisjon på seks medlemmer. Denne kommisjon vil omfatte to avdelinger, hvorav den ene vil bestå av norske medlemmer og ha sitt sete i Oslo, og den annen vil bestå av tyske medlemmer og ha sitt sete i Bonn. Hver avdeling vil bestå av tre medlemmer. Disse oppnevnes for Forbundsrepublikken Tysklands vedkommende av utenriksministeren i samråd med forbundsregjeringens øvrige medlemmer og de respektive "Länder"s kulturministre, for Norges vedkommende av Utenriksdepartementet i samråd med Kirke- og undervisningsdepartementet.

Den faste blandede kommisjon skal tre sammen så ofte som det anses nødvendig og minst én gang i året, skiftevis i Norge og Forbundsrepublikken Tyskland. Formannsvetet skal innehas av et kommisjonsmedlem, som representerer det land hvor møtet holdes. Den annen kontraherende parts sendemann eller dennes representant kan innbys til å delta i kommisjonens forhandlinger.

Den faste blandede kommisjon har adgang til å supplere seg med eksperter i egenskap av rådgivere fra hvert av landene.

## Artikkel 5.

I denne avtale betegner "land" på norsk side Kongeriket Norge, på tysk side Forbundsrepublikken Tyskland.

## Artikkel 6.

Avtalen gjelder også for "Land Berlin", forutsatt at ikke Forbundsrepublikken Tysklands regjering overfor den kongelige norske regjering innen tre måneder etter avtalens ikrafttredelse har avgitt erklæring om det motsatte.

## Artikkel 7.

Denne avtale skal ratifiseres. Ratifikasjonsdokumentene skal utveksles i Bonn.

Avtalen trer i kraft en måned etter at utvekslingen av ratifikasjonsdokumentene har funnet sted og kan ved utløpet av en periode av fem år til enhver tid oppsies av den ene eller den annen av de kontraherende parter med seks måneders varsel.

TIL BEKREFTELSE HERAV har undertegnede befullmektigede underskrevet nærværende avtale og forsynt den med sine segl.

UTFERDIGET i Oslo 29. mai 1956 i to eksemplarer på norsk og tysk, idet begge tekster har samme gyldighet.

For Kongeriket Norge  
undert:  
Halvard Lange

For Forbundsrepublikken Tyskland  
undert:  
von Brentano

**Bekanntmachung über das Zweite Verlängerungsprotokoll zum Protokoll von 1954  
über die nach Ablauf des deutschen Kreditabkommens von 1952  
verbleibenden kurzfristigen deutschen Schulden.**

**Vom 12. Februar 1957.**

Unter Bezugnahme auf Artikel 21 des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Bundesgesetzbl. II S. 331) wird hiermit bekanntgemacht:

Das am 2. Dezember 1954 für die Dauer von zwölf Monaten in Kraft getretene und durch das Erste Verlängerungsprotokoll um zwölf Monate verlängerte Protokoll von 1954 über die nach Ablauf des deutschen Kreditabkommens von 1952 verbleibenden kurzfristigen Schulden ist durch das Zweite Verlängerungsprotokoll um weitere zwölf Monate verlängert worden.

Das Zweite Verlängerungsprotokoll zum Protokoll von 1954 ist nebst einer deutschen Übersetzung als Anlage zu der Mitteilung Nr. 6002/57 der Bank deutscher Länder vom 7. Januar 1957 im Bundesanzeiger Nr. 7 vom 11. Januar 1957 veröffentlicht worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Januar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 31).

Bonn, den 12. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung des Staatssekretärs  
Frhr. v. Welck

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Abkommens vom 22. Juli 1955  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland  
über den Luftverkehr zwischen ihren Gebieten und darüber hinaus.**

**Vom 12. Februar 1957.**

Gemäß Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 1956 über das Abkommen vom 22. Juli 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über den Luftverkehr zwischen ihren Gebieten und darüber hinaus (Bundesgesetzbl. II S. 1071) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 16 am 7. März 1957 in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 7. Februar 1957 ausgetauscht worden.

Bonn, den 12. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung des Staatssekretärs  
Frhr. v. Welck

**Bekanntmachung über die Änderung  
der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates  
für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß).**

**Vom 11. Februar 1957.**

Der Deutsche Bundestag hat am 11. Januar 1957 die folgende Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) beschlossen, der der Bundesrat am 25. Januar 1957 zugestimmt hat:

In § 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuß nach Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) vom 19. April 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 103) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 608) und vom 5. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 602) ist die Zahl „10“ durch die Zahl „11“ zu ersetzen.

Bonn, den 11. Februar 1957.

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Schröder

---

**Bekanntmachung zu der Konvention  
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Norwegischer Vorbehalt).**

**Vom 19. Februar 1957.**

Norwegen hat den anlässlich der Ratifikation der in Rom am 4. November 1950 unterzeichneten Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 685, 953) erklärten Vorbehalt (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 14) am 7. Dezember 1956 zurückgenommen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Januar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 32).

Bonn, den 19. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung des Staatssekretärs  
Grewe

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich  
der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse  
(Inkrafttreten für Italien).**

**Vom 19. Februar 1957.**

Die in Paris am 11. Dezember 1953 unterzeichnete Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 599) ist für Italien am 31. Oktober 1956 in Kraft getreten, nachdem die italienische Ratifikationsurkunde am gleichen Tage bei dem Generalsekretär des Europarates hinterlegt worden ist. Italien hat sich gemäß Artikel 1 Ziffer 3 der Konvention das Recht vorbehalten, die Bestimmungen des Artikels 1 Ziffer 1 auf seine eigenen Staatsangehörigen nicht anzuwenden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1585).

Bonn, den 19. Februar 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung des Staatssekretärs  
Grewe

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln — Druck: Bundesdruckerei, Bonn.  
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II

Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,— für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr).  
Einzelstücke je angelangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren) — Zusendung einzelner Stücke per Streifenband gegen  
Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399  
Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühren